

Zum Wachstumspaket des Bundesrates: Einige grundsätzliche Anmerkungen

von Dr. Rudolf Walser, economiesuisse

Der Bundesrat hat am 18. Februar 2004 ein umfassendes Wachstumspaket vorgeschlagen. Mit 17 Massnahmen soll mehr Wettbewerb auf dem Binnenmarkt verwirklicht, die Integration in die Weltwirtschaft gefördert, die Abgabelast begrenzt und die Staatstätigkeit optimiert, eine hohe Erwerbsbeteiligung angestrebt, ein wettbewerbsfähiges Bildungssystem gesichert und das Wirtschaftsrecht wachstumsfördernd ausgestaltet werden. Warum fielen die Reaktionen in Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit eher zurückhaltend bis enttäuschend aus, obwohl die Absichten löblich sind und auch die Stossrichtung des Wachstumspakets stimmt. Dafür gibt es mehrere Gründe.

Erstens sind viele der vorgeschlagenen Massnahmen nicht neu. Sie befinden sich entweder schon in gesetzlicher Bearbeitung (wie z.B. Corporate Governance, Revision von OR und Aktienrecht) oder sind bereits im Bericht der Interdepartementalen Arbeitsgruppe Wachstum vom 18. Dezember 2002 enthalten. Weder lässt sich mit bereits bekannten Massnahmen ein besonderer Ankündigungseffekt erzielen, noch kann damit gar eine Aufbruchstimmung erzeugt werden. Dies wäre aber angesichts der wachstumspolitischen Herausforderung wichtig. Die Wirtschaftsakteure (Haushalte, private Investoren, Unternehmen) müssten das Gefühl erhalten, ein Ruck gehe durch die Politik.

Zweitens enthalten die angekündigten Massnahmen keine inhaltliche Konkretisierung. So weiss man nicht, wie das Binnenmarktgesetz im Spannungsfeld von Bundeskompetenzen und wirtschaftspolitischer Souveränität der Kantone verschärft werden, der Service publique im Elektrizitätssektor auf eine neue Basis gestellt, die Staatstätigkeit optimiert bzw. auf die Kernbereiche zurückgeführt werden oder die Agrargesetzgebung weiter liberalisiert werden soll. Hier liegen aber die entscheidenden Fragen und wohl auch Schwierigkeiten. Der Bundesrat hätte in dieser Beziehung klaren Wein einschenken müssen. Für eine "richtige" Wachstumspolitik braucht es genau so präzise instrumentelle Vorschläge.

Drittens ist der Glaube in der Wirtschaft an einen tatsächlichen Abbau administrativer Belastungen der Unternehmen erheblich erschüttert, ist doch die Entwicklung - trotz früheren ähnlichen Ankündigungen und einer KMU-Verträglichkeitsprüfung in der Gesetzgebung - leider bis zuletzt in die entgegengesetzte Richtung gelaufen. Wenn die Wirtschaft zur Zeit mit den Behörden über einen neuen Lohnausweis diskutiert, der eine erhebliche administrative Mehrbelastung befürchten lässt, wirkt eben die allgemeine Rhetorik von Bürokratieabbau nicht mehr glaubhaft bzw. überzeugend. Die Wirtschaft erwartet in dieser Beziehung keine Wunder, wohl aber, dass der Entlastungsprozess endlich einmal mit konkreten und greifbaren Massnahmen einsetzt.

Viertens werden wichtige Politikfelder, die unter wachstumspolitischen Gesichtspunkten relevant sind, entweder nur am Rand oder überhaupt nicht angesprochen. Es sind dies die Bildungs- und Forschungspolitik einerseits und die Sozial- und Gesundheitspolitik andererseits. So hätte man gerne gewusst, wie ein zukunftsfähiges schweizerisches Hochschulsystem aussehen soll, welche Rolle der Bundesrat Studiengebühren beimisst oder was er gegen die geringe Risikotoleranz der Gesellschaft gegenüber modernen Technologien zu machen gedenkt.

Die Umorientierung des schweizerischen Wissenschaftssystems in Richtung mehr Wettbewerb statt administrativ-bürokratische Steuerung stellt wohl eine der grössten Herausforderung dar. In der Sozial- und Gesundheitspolitik braucht es einen neuen gesellschaftlichen Konsens über die handlungsleitenden Prinzipien wie Erhöhung der Lebensarbeitszeit, flexible Pensionierungen mit entsprechenden Rentenanpassungen, Entschlackung des Leistungsangebots, mehr Eigenverantwortung, Trennung von Versicherungs- und Umverteilungszielen usw. Hier muss der Bundesrat eine Führungsrolle übernehmen. Die Sozial- und Gesundheitspolitik darf nicht zu einer Wachstumsbremse werden.

Fazit: Bekanntlich besteht in der Schweiz in Bezug auf das, was wachstumspolitisch zu tun wäre, kein Wissensmangel. Es liegen eine Fülle von Vorschlägen aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung vor, wie die Schweiz wieder auf einen steileren Wachstumspfad zurückgeführt werden könnte. Leider hat es bisher an der politischen Bereitschaft zur Umsetzung von griffigen Massnahmen und zur Einleitung von Strukturreformen gefehlt. So erfreulich die neue Zusammensetzung des Bundesrats ist, sie garantiert noch keine gute oder erfolgreiche Politik. Entscheidend sind letztlich die Verständigung über die dringendsten Probleme unseres Landes und entsprechende tragfähige Lösungen. Eine standortfördernde Finanz-, Steuer und Wirtschaftspolitik, eine innovationsorientierte Bildungs- und Forschungspolitik, die wirtschaftsverträgliche Sicherung der Sozialwerke und die Zügelung der Gesundheitskosten bedingen eine klare Ziel- und zukunftsgerichtete Willensbildung im Bundesrat statt verwaschener Kompromisse. Rationale Politik braucht feste Prinzipien und Prozessregeln. Sie muss darüber hinaus konsistent und vermittelbar sein. Was sie hingegen nicht gebrauchen kann, sind floskelhafte Werte, Ziele oder Leitbilder.

Die Wirtschaftspolitik kann durch überzeugende Führung, Verlässlichkeit und klare marktwirtschaftliche Perspektiven zu einer höheren Wachstums- und Beschäftigungsdynamik beitragen. Erfahrungsgemäss stehen oder fallen Reformen mit Persönlichkeiten, die eine klare Strategie verfolgen und die sich auch mit ganzer Kraft vorbehaltlos dahinter stellen (Thomas Straubhaar). Die neue Zusammensetzung des Bundesrates lässt diesbezüglich Einiges erwarten. Mit dem angekündigten Wachstumspaket ist die Landesregierung leider hinter diesen Erwartungen zurückgeblieben. Es sieht nicht nach einem ökonomischen Befreiungsschlag aus und wenn man bedenkt, dass auf dem parlamentarischen Weg in aller Regel eine Verwässerung der Vorschläge stattfindet, so ist das Wachstumspaket zu wenig ambitiös. Aber was nicht ist, kann noch kommen.

So bleibt zu hoffen, dass sich der Bundesrat beim Legislaturprogramm mehr zutraut als bisher. Es braucht eine Gesamtstrategie, die alle Einflussfaktoren von Wachstum erfasst. Nur wenn er dabei konsequent mit Weitsicht und losgelöst von demoskopischen Momentaufnahmen handelt, kann er bei der Bevölkerung Bereitschaft für Reformen und damit Zukunftsvertrauen schaffen. So wie bisher fortzufahren, würde bedeuten, die Schweiz dauerhaft vom Wachstum abkoppeln. Wachstum ist zwar nicht alles, aber ohne Wachstum ist alles viel schwieriger. Der Bundesrat muss deutlichere Zeichen setzen, dass sich dieses Land nicht nur erneuern will, sondern auch die Kraft dazu hat.